

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M. — Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4596. — **Postcheckkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 10/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13693. — **Verlag in Leipzig:**
Tauchaer Straße 10/21 — Telephon 4596

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 1.80 M., bei Plakvorschrift 2.30 M.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 M. Reklame-Kolonelle 7.50 M. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Annahme für die tägliche Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Vom Kasseler Kommunistenprozeß. Die Kriegspläne der Orgesch.

Berlin, 19. Februar. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Aus Kassel wird vom 18. Februar berichtet: Die heutigen Verhandlungen des Kommunistenprozesses behandeln die Auslieferung der von dem Angeklagten zusammengestellten Waffenlisten, die er im Falle eines bewaffneten Aufstretens der Orgesch angewendet wissen wollte. Der Verteidiger und der Staatsanwalt gerieten dann heftig aneinander, weil der letztere die Ansicht vertrat, daß die aus den Akten hervorgehende Absicht, im Herbst 1920 einen Krieg gegen Frankreich als Angriff und Antwort auf die Drohung mit der Besetzung des Ruhrreviers vorzubereiten, als lächerlich abzutun sei. Der Verteidiger verwahrte sich energisch gegen dieses Verfahren und stellte den Antrag auf Zahlung von vier höheren bayerischen Offizieren in Aufricht. Durch sie könnte unter Beweis gestellt werden, wie weit die Geheimorganisation in ganz Deutschland, speziell in Westdeutschland und Kassel gediehen sei. Das Gericht beschloß eine Prüfung der Anträge der Verteidigung. Die Beschlußfassung hierüber soll am Montag erfolgen. Mit Rücksicht auf die Wünsche der Verteidigung findet morgen keine Verhandlung statt.

Unverantwortliche Nebenregierung in Bayern.

München, 19. Februar. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Der Enzliche Königsbote, das Organ der bayerischen Königspartei, schreibt heute:

„Wir sehen, daß die Art, wie Herr v. Kahr das wichtigste Lebensinteresse Bayerns vertreten hat, anstatt zu einer Stärkung seiner Position, zu einer erheblichen Schwächung führte. Wenn er trotzdem am Anfang dieser Woche wieder unbedachter wurde, so liegt das an Einflüssen und falschen Berichten, die ihren Ursprung außerhalb des Parlamentes haben. Wollen wir aber die innere Geschlossenheit des bayerischen Volkes in der Einwohnerwehrfrage erhalten, dann müssen wir alles tun, um die Einwohnerwehren nicht als ein Instrument einer unverantwortlichen Nebenregierung erscheinen zu lassen. Wir können nur mit offenen Karten spielen. Bayern spielt im politischen Spiel augenblicklich eine Null overt. Darum muß die volle Offenheit gegenüber dem Land bezüglich der Maßnahmen der bayerischen Staatsregierung gegenüber Berlin verlangt und gegeben werden. Es wäre verhängnisvoll, wenn sich die Koalitionsregierung in Bayern auf den Kurweg verstanden hätte, Berlin kann tun, was es mag, wir treiben nach österreichischem Muster passive Resistenz. Das wäre die Nullsetzung einer bayerischen Staatsgewalt.“

Sogar den reaktionären Monarchisten in Bayern erscheint die Halsstarrigkeit der Regierung Kahr verhängnisvoll und sie sieht in der Einwohnerwehr eine gefährliche Nebenregierung.

Französisch-polnisches Bündnis.

Berlin, 19. Februar. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Aus Paris wird vom 18. Februar dem B. T. gemeldet: Zwischen Frankreich und Polen ist ein Vertrag in Vorbereitung und vielleicht bereits dem Abschluß nahe, der ein defensives Bündnis der beiden Länder vorsieht. Falls Polen angegriffen wird, wird Frankreich ihm mit Kriegsmaterial und Generalstabsoffizieren beistehen. Truppenentsendungen sind nicht beabsichtigt. Außer dem militärischen Vertrag ist auch ein wirtschaftlicher Vertrag vereinbart, der besonders die Regelung der Zölle und die Ausnutzung der galizischen Petroleumquellen vorsieht.

Das ungarische Proletariat regt sich wieder.

Nach einem Bericht des Avanti fängt das ungarische Proletariat wieder an, sich zu regen. Die Arbeiter der Munitionsfabriken und der Gaswerke in Csepel bei Budapest haben infolge der Ablehnung ihrer Forderungen erhoben. Andere Arbeiterorganisationen erklärten sich solidarisch mit den Streikenden. Nach den, von der Zensur arg verstümmelten Berichten der ungarischen Zeitungen scheinen sich auch die christlich-sozialen Arbeiter der Arbeit zu enthalten. Die Tapetenarbeiter haben ebenfalls Lohnerhöhung gefordert.

Wien, 18. Februar. Nach einer Meldung aus Budapest soll die dortige Arbeiterschaft, der die öffentliche Vertretung ihrer Interessen noch immer unmöglich gemacht ist, beschloßen haben, eine Erhöhung ihrer Löhne durch einen Generalstreik zu erzwingen. Der Reichsverweser soll mit den härtesten Gegenmaßnahmen gedroht haben; es seien bereits viele Verhaftungen vorgenommen worden.

Beginn der Schadenabschätzungen in den zerstörten Gebieten.

Berlin, 18. Februar. Wie die Dena erfährt, hat die Untersuchung der durch die deutsche Armee angerichteten Schäden in den zerstörten französischen Gebieten bereits ihren Anfang genommen. Und zwar unter Hinzuziehung deutscher Sachverständiger, die dort mit den französischen Aufnahmekommissionen zusammenarbeiten werden.

Zur internationalen Konferenz in Wien.

Am Dienstag wird in Wien die Internationale Konferenz eröffnet. Damit treten die Bestrebungen, die internationalen Verbindungen zunächst unter den revolutionären sozialistischen Parteien herzustellen, die sich weder dem Nationalismus und Reformismus verschrieben, noch sich dem kommunistischen Diktat von Moskau beugen können, endlich in die erste Etappe ihrer Verwirklichung. Das wäre Grund zu freudiger Genugtuung, wenn diese Freude nicht durch die Erwägung gedämpft würde, daß das Werk von Wien vorerst nur einen Teil des internationalen Proletariats umfassen kann, daß die Internationale der revolutionären Proletarier auch jetzt, mehr als zwei Jahre nach Beendigung des Krieges, noch nicht möglich ist. Die Konferenz in Wien wird nicht, wie die Rechtssozialisten mit verkümmerten Klängen erklären, die Internationale 2/3 schaffen. Sie wird noch weniger die 2. Internationale wieder aufrichten, wie es in der Moskauer Schimpfepistel heißt, die Sinowjew zur Begründung der Konferenz losgelassen hat. Ihre Teilnehmer sind sich der Grenzen ihrer Arbeit sehr wohl bewußt. Im § 1 des Statutenentwurfs, der der Konferenz vorgelegt werden soll, heißt es, daß eine internationale Arbeiterschaft jener sozialistischen Parteien gegründet werden soll, die in Betätigung der Grundzüge des revolutionären Sozialismus die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat auf dem Wege des Klassenkampfes erstreben. Diese Arbeiterschaft wird dann charakterisiert als „nicht eine das gesamte revolutionäre Proletariat umfassende Internationale, wohl aber ein Mittel zur Schaffung einer solchen.“ Das heißt, die in Wien versammelten Parteien werden nicht, wie seinerzeit die russischen Bolschewisten, eine Organisation errichten, die sie als die proletarische Internationale bezeichnen, und die sie allen andern proletarischen Parteien aufzuzwingen sich verwehren. Sie vereinigen sich vielmehr zu dem Zweck, ihre gesammelte Kraft in den Dienst der Arbeit für die proletarische Internationale zu stellen, die sich aus der freien Diskussion und Verhandlung aller revolutionären sozialistischen Parteien erst bilden kann. Und sie sind sich bewußt, daß die internationale Zersplitterung der Arbeiterklasse erst völlig überwunden werden kann, wenn die Schule der harten Taten die Proletarier aller Länder von der Verzagtbeit des Reformismus und den Gewaltinstinkten des Nationalismus, wie von den putschistischen Illusionen der Kommunisten kurieret hat.

Der Weltkrieg hat den internationalen Krieg des Proletariats eine Zeitlang lähmen, aber nicht töten können. Dem Nationalismus der Rechtssozialisten stellt sich schon nach wenigen Wochen die Opposition der revolutionären Arbeiter entgegen, die von Monat zu Monat, von Jahr zu Jahr stärker wurde. Und die Gegenwart ist danach angetan, den Arbeitern die Notwendigkeit der internationalen Kampfesfront gegen die Bourgeoisie mit Frakturchrift ins Hirn zu prägen. Die Nationalisten versuchen freilich, den Arbeitern einzureden, daß der Gegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat wenigstens in den besiegten Ländern hinfällig geworden, daß an seine Stelle der Gegensatz zwischen Siegerstaaten und besiegten Staaten getreten sei, daß das Ausbeutungsverhältnis sich von den Klassen auf die Nationen verschoben habe. Aber der klassenbewußte Proletarier weiß, daß alle angebliche Solidarität der Klassen in den besiegten Ländern vor den harten Dingen des wirklichen Lebens wie Glas zersplittert. Er weiß, was von den schönen Aufrufen zu halten ist, daß die Nation lieber zugrunde gehen wollen müsse, als das Joch der Sieger zu tragen. Er weiß, daß die Bourgeoisie auch in diesem Falle es dem Proletariat überlassen wird, die Leiden zu tragen, die die Zwangsmassnahmen der Sieger über Deutschland bringen würden, daß neben den zugrunde gehenden Proletariatsfamilien die Bourgeoisie ihr Wohlleben ruhig fortsetzen würden. Er weiß, daß die herrschenden Klassen der Sieger und Besiegten, wenn sie auch eine gewisse Zeitspanne miteinander ringen mögen um die Beute, schließlich doch ein Abkommen treffen werden auf seine Kosten. Er weiß, daß die internationalen und deutschvolksparteilichen Helden des Nationalismus durchaus nicht untröstlich sind über die Erklärung der Entente-Sachverständigen, daß die direkten Steuern in Deutschland nicht mehr gesteigert werden können, daß aber die indirekten noch eine gewaltige Erhöhung vertragen. Er weiß, wie gern die deutsche Bourgeoisie sich einem Zwange, nach diesem Diktat zu handeln, fügen wird. Und wenn so die Zeit deutlich von den internationalen Zusammenhängen der Bourgeoisien aller Länder Zeugnis liefert, so zeigt sie nicht minder deutlich die Abhängigkeit der Lage des Proletariats eines Landes von dem aller andern. Die Arbeiter der Westländer und Amerikas erkennen mehr und mehr, weshalb eine Gefahr auch für ihre Lebenshaltung eine verleidete, verklärte deutsche Arbeiterklasse ist, und wir sehen, wie sie sich nutzlos der nationalistischen Vorbehaltung in den Weg stellen und, entgegen dem noch die Mehrheit ihrer Väter beherrschenden Wahn,

ihren Protest gegen die Pariser Beschlüsse erheben. Der konzentrierte Angriff des Ententeimperialismus auf das revolutionäre Rußland, das jurchbare Schicksal des revolutionären Ungarns haben überdies in der Arbeiterschaft der Kulturländer das Gefühl der internationalen Pflicht zur Verteidigung des kämpfenden Proletariats eines jeden Landes mächtig wachgerüttelt. Es wären alle Vorbedingungen für das Entstehen einer starken Internationalen gegeben, wenn nicht Moskau mit seinen 21 Bedingungen den Weg dazu verbarrikadiert hätte. So muß denn eine Zwischenstation für den Weg zu diesem Ziel geschaffen werden: die Arbeitsgemeinschaft, die in Wien entstehen wird.

Sie wird sich gekostet neben jene Gebilde stellen können, die sich heute unbeschäftigterweise den Namen einer Internationale proletarischer Parteien zulegen. Weder der Torso von Genf, noch die Splittierinternationale von Moskau werden über die Internationale Arbeitsgemeinschaft die Nase zu rümpfen das Recht haben. Auf der Wiener Konferenz werden vertreten sein die Unabhängige Sozialdemokratische Deutschlands, die Sozialistische Partei Frankreichs, die trotz der Abstimmung von Tours die Mehrheit der proletarischen Kräfte Frankreichs in sich vereinigt oder in Kürze vereinigen wird, die Unabhängige Arbeiterpartei Englands, die sich eben mit Zweidrittelmehrheit gegen Moskau erklärt hat und innerhalb der englischen Arbeiterbewegung die geistige Führung ausübt, die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands und der linke Flügel der russischen Sozialisten-Revolutionäre, die Sozialisten der Schweiz, die eben den kommunistischen Aufsturm abgelehnt haben, die deutschen Sozialdemokraten Tschechoslowakiens, die ebenfalls nach der Zersplitterung der Kommunisten sich zu neuer Arbeit sammeln konnten. Aus Serbien kommen die Vertreter einer noch schwachen Partei, die die durch die Kommunisten zerstörte Arbeiterbewegung Südbawariens wieder aufzubauen mutig in Angriff genommen hat, geführt von den Genossen Csapicschewitsch und Topakowitsch, die während des Krieges in vorbildlicher Weise die sozialistischen Grundzüge zu verteidigen verstanden. In Rumänien hat sich eben der Generalkrat der sozialistischen Partei mit Mehrheit gegen die Kommunisten und für die Grundzüge von Wien erklärt und eine Abstimmung für den 8. Mai angelehnt, die nach allem eine starke Mehrheit gegen die 21 Bedingungen Lenins ergeben wird. Wenn diese Partei daher auch noch nicht in Wien vertreten sein wird, so darf man doch ihren Anschluß an die Arbeitsgemeinschaft schon als sicher voraussetzen. Nicht vertreten werden außerdem die Parteien Argentiniens und der Vereinigten Staaten Nordamerikas sein, die aber schon als künftige Glieder gerechnet werden dürfen. In der Linken der tschechischen sozialistischen Partei ist die Bewegung für den Anschluß auch schon vorhanden und eine letzte Nachricht sagt, daß auch die polnische sozialistische Partei Delegierte zur Information nach Wien entsenden werde. Es wäre eine erfreuliche Wirkung der Wiener Konferenz, wenn sie unter den polnischen Sozialisten die Opposition gegen den verwüsten Nationalismus, der in ihren Reihen herrscht, erklären ließe.

Die Tagesordnung der Konferenz ist mit weiser Beschränkung aufgestellt worden. Der Vorschlag der Berner Vorkonferenz sieht drei Punkte vor: „Der Imperialismus und die soziale Revolution“, worüber der englische Genosse Wallhead referieren wird, „Methoden und Organisation des Klassenkampfes“, wofür Genosse Fritz Adler als Referent gestellt ist, und „Der internationale Kampf gegen die Konterrevolution“, worüber der Genosse Ledebour berichten wird. Zu den beiden ersten Punkten sind bereits längere Leitfäden veröffentlicht worden, die wir nebst dem Statutenentwurf in den Nummern 15 und 16 vom 19. und 20. Januar wiedergegeben haben. Sie enthalten in präziser Fassung die Plattform der Arbeitsgemeinschaft. Jene über Methoden und Organisation des Klassenkampfes beginnen mit einer Kritik der Demokratie, d. h. ihrer Bedeutung für die Befreiung des Proletariats; es wird festgestellt, daß die Demokratie an sich noch nicht die Befreiung der Arbeit verbürgt, daß die Diktatur des Proletariats eine notwendige Phase im Befreiungskampf der Arbeiterklasse sein muß, aber es wird nicht nach Art der Kommunisten eine starre Schablone für die Form dieser Diktatur in allen Ländern diktieren, sondern es wird den Parteien der einzelnen Länder überlassen, sie nach den besonderen Bedingungen ihrer politischen und sozialen Verhältnisse zu gestalten. So läßt die Arbeitsgemeinschaft innerhalb des gemeinsamen Rahmens jeder Partei die Freiheit ihrer Taktik, die sie braucht. Ausdrücklich wird jede Uniformierung der Methoden in allen Ländern abgelehnt, aber dabei die Verpflichtung zur einheitlichen Aktion, zur Ausführung der gemeinsamen Beschlüsse festgestellt.

Die Thesen zum Thema „Imperialismus und soziale Revolution“ zeigen nach einer knappen Charakterisierung des Imperia-